

Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

A0048/12/1

öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0048/12	26.04.2012

Absender

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion DIE LINKE**

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

03.05.2012

Kurztitel

Durchführung von Gedenkveranstaltungen - Gedenkkalender für Magdeburg

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Ursprungsantrag wird wie folgt ergänzt (Ergänzung im Fettdruck):

Mit dem Gedenkkalender sollen außerdem die Erinnerungen an die Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Magdeburg und das Engagement von bereits bestehenden Initiativen und Gruppen, die sich um das Gedenken an diese Opfer verdient gemacht haben, gewürdigt und unterstützt werden.

Begründung:

Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz ist notwendig. Der öffentliche Raum darf niemals dem Rechtsextremismus überlassen werden. Es müssen weitere Anstrengungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unternommen werden.

Durch die Aufnahme von Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die Todesopfer rechtsextremer Gewalt in die Erinnerungskultur Magdeburgs bekennt sich die Stadt zu ihrer Verantwortung, das Gedenken an die Opfer wach zu halten und setzt damit ein Zeichen des Einstehens gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt aller demokratischen Kräfte Magdeburgs.

Zu einer zeitgemäßen Erinnerungskultur gehört neben dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und aller Menschen, die durch rechte Gewalt zu Tode gekommen sind auch die Aufklärung über die nationalsozialistischen Verbrechen sowie die Vermittlung von Wissen über die Versuche heutiger Nazis, Gedenktag für ihre Propaganda zu missbrauchen.

.....
Frank Theile
Fraktion DIE LINKE

.....
Wolfgang Wähnelt
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN